

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Generalsekretariat
Abteilung Bildungsplanung und Evaluation
Sulgeneckstrasse 70
3005 Bern
bildungsstrategie@erz.be.ch



Bern, 24. April 2015

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Konsultationsverfahren zur Bildungsstrategie 2016

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zum Konsultationsverfahren zur Bildungsstrategie 2016. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Die Sozialdemokratische Partei begrüsst die neue Bildungsstrategie des Regierungsrates und die Gelegenheit dazu Stellung nehmen zu dürfen. Wir unterstützen, dass die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für diejenigen, die die Bildung in unserem Kanton ausmachen, die wichtigsten Handlungsschwerpunkte sind. Die Innovationskraft unseres Kantons hängt zu grössten Teilen von gut ausgebildeten Menschen ab. Und diese gilt es nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen. Im Weiteren freuen wir uns über den konsequenten Ausbau der Tageschulen und der verbesserten Anstellungsbindungen für Lehrpersonen.

Und dennoch – oder gerade darum – bedauern wir es, dass die Bildungsstrategie 2016 in vielen Bereichen recht unkonkret, wenig verpflichtend erscheint und der strategische, in die Zukunft gerichtete Teil zu kurz und sehr allgemein gehalten ist. Wir bedauern es zudem, dass der Strategie der visionäre Rahmen fehlt. Dies würde es ermöglichen, die einzelnen Massnahmen besser in ein grosses Ganzes einzuordnen. In unseren Augen hätte dabei durchaus auf die Vision, wie sie in der Strategie 2009 formuliert worden ist, zurückgegriffen werden können. Sie lautet:

- Der Kanton Bern sichert seine Zukunft als Bildungskanton mit einem leistungsfähigen Bildungssystem.

- Er schafft ein zukunftsweisendes Bildungsangebot von hoher Qualität, um allen Bürgerinnen und Bürgern persönliche Entwicklungsperspektiven in Arbeitswelt und Gesellschaft zu bieten und für den Kanton im wirtschaftlichen Wettbewerb eine Spitzenposition zu erlangen.
- Dazu setzt er auf eigenverantwortlich geführte Bildungsinstitutionen mit gut ausgebildeten und motivierten Lehrpersonen.
- Er arbeitet mit diesen zusammen, kooperiert mit der Arbeitswelt, den Gemeinden, den Kantonen und Sprachregionen, dem Bund und im tertiären Bereich auch mit anderen Ländern.
- Er berücksichtigt die unterschiedlichen Gegebenheiten und Interessen der Sprachregionen und von Stadt und Land.

Die Strategie ist in erster Linie eine gute Gesamtschau, was im Bildungsbereich in den letzten Jahren alles geleistet und erreicht worden ist. Das ist beachtlich und verdient Respekt und eine entsprechende Würdigung. Es ist dem Erziehungsdirektor gelungen, wieder Ruhe und Stabilität in den Bildungsbereich zu bringen und das Vertrauen der Lehrpersonen in die Regierung als verlässliche Partnerin zu stärken. Dies sind in unseren Augen wichtige Voraussetzungen, um die anstehenden Herausforderungen anzugehen.

Wir sind aber der Ansicht, dass der sehr positive Grundton, der diese Strategie durchzieht, zu stark von bestehenden Problemen ablenkt bzw. gewisse Probleme nicht anspricht. Es seien hier nur ein paar Beispiele genannt:

- Es stimmt, dass 95% der jungen Erwachsenen über einen Berufsbildungs- oder Mittelschulabschluss verfügen. Diese Zahl ist sehr erfreulich. Es ist aber auch eine Tatsache, dass 15 - 20% der Schulabgänger und -abgängerinnen über ungenügende Sprachkompetenzen verfügen. Das Problem, dass eine nicht zu vernachlässigende Zahl Jugendlicher nach der obligatorischen Schule nur schlecht lesen und schreiben kann, muss uns beschäftigen und erfordert Massnahmen, um diesem Problem zu begegnen.
- Es stimmt, dass unser Bildungssystem durchlässiger geworden ist. Das ist auch gut so. Der Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen wird aber immer noch zu stark von der sozialen und geografischen Herkunft der Eltern bestimmt. Das Thema Chancengleichheit/-gerechtigkeit, aber auch das Problem der Nachholbildung für Jugendliche, die mit 15 - 20 Jahren ohne Kenntnis einer der Landessprachen in die Schweiz kommen, wird komplett ausgeblendet.
- Vor einem Jahr hat die Schweiz die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BrK) unterzeichnet und damit auch Art. 24 in Kraft gesetzt, der eine inklusive Schule für alle verlangt. Die Strategie äussert sich nicht dazu, welche Konsequenzen dies für den Kanton Bern hat und wie man diesen Auftrag umzusetzen gedenkt.
- Bei der Erarbeitung/Verabschiedung des Lehrplans 21 ist es bewusst den Kantonen überlassen worden, die Frage der Beurteilung und der damit zusammenhängenden Selektion zu klären. Eine neue kantonale Bildungsstrategie muss sich zu diesen anstehenden Fragen zwingend äussern.
- Es stimmt, dass für den Bildungserfolg Beziehungen von zentraler Wichtigkeit sind. Dafür brauchen wir aber leistungsfähige und gesunde Lehrpersonen und gut funktionierende Kollegien. Das Thema Lehrergesundheit (insbesondere Burnouts) wird nicht erwähnt. Im Kanton Bern bestehen hierzu nicht einmal Zahlen. Dies ist eine Lücke, die es dringend zu schliessen gilt. Denn dem Kanton kommt gegenüber Lehrpersonen im Bereich der Gesundheitsprävention auch eine Verantwortung als Arbeitgeber zu.
- Wenn es um optimale Rahmenbedingungen für alle an der Bildung Beteiligten geht, gehört auch eine Strategie dazu, die geeignetsten Personen gut auszubilden, zu rekrutieren und sie im Beruf halten zu können.

2 STELLUNGNAHME ZU DEN EINZELNEN KAPITELN

Kapitel 1: Grundlagen, Grundsätze und Herausforderungen

Es wird erwähnt, dass sich die strategischen Leitlinien entlang derjenigen aus den Jahren 2005 und 2009 bewegen. Eine langfristige Ausrichtung der Bildungspolitik ist grundsätzlich sehr zu begrüssen und die hier formulierten Leitlinien haben auch 2016 durchaus noch ihre Richtigkeit und Berechtigung. Die Einschätzungen sind jedoch in einem sehr deskriptiven Stil gehalten und wissenschaftliche Erkenntnisse oder statistische Belege werden dabei kaum herangezogen. Dies führt dazu, dass die in diesem Kapitel dargelegten Tatsachen kaum überprüfbar sind und dadurch wenig greifbar und unverbindlich bleiben.

Zudem werden die Konsequenzen, welche die im Kapitel 1.3 formulierten Herausforderungen für die Bildungsinstitutionen darstellen, zu wenig klar und prägnant herausgearbeitet. So sind wir zum Beispiel klar der Meinung, die rasanten Veränderungen, die auf das Lehren und Lernen, aber auch auf die Psyche der Lehrenden und Lernenden durch die digitalen Medien zukommen, auf allen Bildungsstufen unterschätzt werden. Es sei hier nur auf das Thema MOOC - Massiv Open Online Courses - an Hochschulen und deren Auswirkungen auf die internationale Konkurrenzfähigkeit hingewiesen. Oder die Tatsache, dass sich die Kinder und Jugendlichen zum Teil viel zu wenig bewegen oder ihre Ernährung sehr mangelhaft bzw. zu wenig ausgewogen ist. Solche Herausforderungen - letztlich auch im Bereich der Elternarbeit - verlangen nach Strategien. Diese fehlen uns.

Kapitel 2: Bildung im Kanton Bern – Rückblick und Stand der Arbeiten

Die Zusammenfassung der laufenden und abgeschlossenen Projekte ist beeindruckend und gibt einen guten Überblick über den Stand des Berner Bildungssystems. Aber auch hier fehlen uns Daten und Belege, die die Wirksamkeit der angegangenen Projekte aufzeigen. Eine Abstützung auf wissenschaftliche Erkenntnisse fehlt fast komplett und macht eine Einschätzung der geleisteten Arbeit schwierig.

Ohne den Wert der vielen guten Entwicklungen, die wir in den letzten Jahren beobachten und miterleben konnten, zu schmälern, sind wir dennoch der Meinung, dass bei einigen Projekten ein zu positives Bild gezeichnet wird. Dabei wird zu wenig auf reale Probleme und bestehende Schwierigkeiten hingewiesen. Es sei hier stellvertretend auf zwei Beispiele hingewiesen:

- Familienfreundliche Schule (abgeschlossenes Projekt): Auch wenn die Berner Gemeinden verpflichtet sind, Tagesschulen zu führen, kann noch in keiner Weise von einem flächendeckenden Angebot von Tagesstrukturen und vor allem von Ferienbetreuung gesprochen werden. Im Bericht wird erwähnt, dass 85% der Schülerinnen und Schüler Zugang zu einem Tagesschulangebot haben. Gerne würden wir erfahren, wie diese Prozentzahl zustande kommt und wie sich das Tagesschulangebot auf den ganzen Kanton verteilt. Es sollte dringend auch die Qualität des Tagesschulangebots eine Rolle spielen sowie die Arbeitsbedingungen für die Betreuenden. Zudem sind wir der Meinung, dass - auch wenn das Projekt als abgeschlossen gilt - das Ziel, flächendeckende Tagesstrukturen zu schaffen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch wirklich zulassen, noch nicht erreicht ist. Es scheint uns wichtig, hier nochmals klar darauf hinzuweisen, dass Tagesschulen einen unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung einer besseren Chancengleichheit leisten.
- Integrative Volksschule (abgeschlossenes Projekt): Wir beobachten, dass die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf in den unteren Klassen gut voranschreitet. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass die Integrationsbemühungen

in den oberen Klassen der Volksschule (ab der 6. Klasse) abnehmen oder kaum greifen. Aus diesem Grund ist in unseren Augen dieses Projekt noch nicht abgeschlossen bzw. das Ziel des Projekts nicht erfüllt. Vielmehr müssen die Herausforderungen, die sich der Integration von Schülerinnen und Schülern auf der Oberstufe stellen, in Zukunft noch gezielter angegangen werden. Wie in der Einleitung formuliert, fehlt eine Strategie für die Weiterentwicklung hin zur von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderten inklusiven Schule.

Kapitel 3: Strategische Ausrichtung der kantonbernischen Bildungspolitik

Wir möchten zuerst auf einen Aspekt hinweisen, der nicht erwähnt wird, unserer Ansicht nach aber für die künftige Schulentwicklung eine grosse Relevanz haben wird: die Gleichstellung. Hat sich die Schule in den letzten 40 Jahren zu einer Bildungsanstalt entwickelt, die den Mädchen/Frauen besser entspricht? Einige Anzeichen sprechen dafür: Der Anteil der Frauen an Gymnasien und Hochschulen ist überproportional, im Lehrberuf sind überwiegend Frauen tätig und verhaltensauffällig sind weit mehr Jungen als Mädchen. Dennoch werden auch heute noch Mädchen und Jungen in der Schule stark nach stereotypen Rollenbildern gefördert und bewertet. Dies geschieht jedoch meist unbewusst. Lehrpersonen zeigen sich in Untersuchungen immer wieder überzeugt, dass die Gleichstellung in der Schule erreicht ist, Mädchen und Jungen gleich behandelt werden und Gleichstellung die Kinder nicht interessiert.

Studien widerlegen dies: Die Kinder und Jugendlichen interessieren sich sehr wohl für Geschlechterrollen und deren Auswirkungen auf ihr Leben, insbesondere die Berufswahl. Andererseits kann nachgewiesen werden, dass stereotype Verhaltensweisen durch die Schule und die Lehrkräfte unbewusst gefördert werden und stereotype Rollenbilder den Unterricht und die Motivation und Leistung der Kinder in den einzelnen Fächern stark beeinflussen.

Damit sich die Kinder und Jugendlichen frei entwickeln und ihre Talente und Fähigkeiten entfalten können, müssen die Lehrpersonen besser über die Funktionsweisen von Stereotypen und ihre Auswirkung auf den Unterricht aus- und weitergebildet werden. Zudem sollten die Schulleitungen für das Thema sensibilisiert werden.

Die drei strategischen Handlungsschwerpunkte sind grundsätzlich sehr begrüssenswert und entsprechen durchaus der Haltung unserer Partei. Sie versuchen allerdings alle Bildungsstufen von der Basisstufe bis zur Hochschule unter einen Hut zu bringen. Dies wird den ganz unterschiedlichen Aufgaben und Ansprüchen der einzelnen Stufen nicht gerecht. In unseren Augen wäre es sinnvoller, die strategischen Leitlinien noch stärker in unabhängigen und unterschiedlichen Teilstrategien den jeweiligen Stufen anzupassen.

Auch stimmen wir mit der Einschätzung überein, dass Konstanz und stabile Rahmenbedingungen einen wichtigen Grundsatz darstellen. Die Herausforderungen und Ansprüche, die sich den Lehrerinnen und Lehrern, Dozentinnen und Dozenten im Alltag stellen, sind stark gestiegen. Dafür brauchen sie verlässliche politische Rahmenbedingungen, in denen sie wirkungsvoll arbeiten können.

Zu den drei Grundsätzen:

Unterrichtsentwicklung durch pädagogischen Dialog

Im Grundsatz ist dieser strategische Schwerpunkt sehr zu begrüßen. Wir sind der Meinung, dass die Lehrpersonen und Schulleitungen Freiräume brauchen und sie sich aktiv an Veränderungsprozessen der Schule beteiligen können sollen. Der Austausch und das Lernen von anderen sind dabei wichtig, bereichernd und zielführend. Der „Tag der Schule“, wie er im Februar 2015 zum ersten Mal durchgeführt worden ist, war ein erstes erfreuliches Zeichen.

In der Strategie wird ausdrücklich erwähnt, dass dieser Dialog auf Freiwilligkeit beruhen soll. Es kann mitmachen, wer will, niemand soll dazu gezwungen werden. In unseren Augen ist diese reine Einladung zur Schulentwicklung zu unverbindlich angesichts der vielseitigen Herausforderungen an die Bildung. Wir sind klar der Meinung, dass eine grössere Verbindlichkeit eingefordert werden muss. Denn es darf nicht sein, dass nur die Bildungsinstitutionen sich verändern, die dies tun wollen (und darin auch unterstützt werden) Wenn heute der Lehrplan 95 immer noch nicht umfänglich umgesetzt ist, ist das ein starkes Indiz dafür, dass viele Schulen mehr Verbindlichkeit brauchen. Zumindest die Schulleitungen müssen in die Pflicht genommen werden, sich mit den anstehenden Herausforderungen des Bildungssystems auseinanderzusetzen, d. h. sie sollten sich an diesem Dialog beteiligen und mit neuen Initiativen, Ideen und Projekten auseinandersetzen.

Darüber hinaus erwarten wir, dass die Erziehungsdirektion stärker als hier beschrieben mit direkten (durchaus auch inhaltlich ausgerichteten) Inputs die nötigen Debatten und Diskussionen in Bewegung bringt. Freiräume sind wichtig, gleichzeitig müssen aber gewisse Qualitätsstandards eingehalten werden. Ein Minimum an Qualitätsstandards muss zwingend eingehalten und auch kontrolliert werden.

Zudem wünschen wir uns, dass der pädagogische Dialog auch an den Hochschulen mit einer gewissen Verbindlichkeit geführt wird. Die Erziehungsdirektion soll z. B. einfordern, dass die strategischen Schwerpunkte, die sich einzelne Hochschulen in diesem Bereich gesetzt haben, auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Sicherstellung von konkurrenzfähigen Anstellungs- und Arbeitsbedingungen

Es ist sehr zu begrüessen, dass der Kanton Bern einen Effort leisten will, die Lehrergehälter mittel- bis langfristig wieder konkurrenzfähig zu gestalten. Denn gute und konkurrenzfähige Anstellungs- und Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Dozierende sind wohl einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für einen erfolgreichen Bildungskanton.

Neben einer positiven Entwicklung des Gehalts spielen aber auch andere Faktoren eine Rolle zur Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Mit Blick auf die Gesundheit der Lehrpersonen (Burn-out) und die sozialen Herausforderungen stellt sich die Frage, ob die Anzahl der Pflichtlektionen auf den verschiedenen Schulstufen, insbesondere aber in der Volksschule, nicht reduziert werden sollte. Der Unterschied zu den Pensen z. B. auf der Sek-II-Stufe ist mit den neuen Ausbildungsanforderungen, aber auch mit Blick auf die tägliche Beanspruchung nicht mehr haltbar.

Neben gut ausgebildeten und motivierten Lehrpersonen spielt auch ein geeignetes Lehr- und Lernumfeld, seien dies eine verlässliche Berufseinstiegsbegleitung (eine sehr alte Forderung auch von Ausbilderseite) oder eine den Anforderungen genügende Infrastruktur, eine wichtige Rolle für den Erfolg eines Bildungssystems. Vor allem im Bereich der ICT gibt es vielerorts einen grossen Nachholbedarf. Auch wenn, wie in der Strategie richtig erwähnt wird, bei den Volksschulen die Verantwortung bei den Gemeinden liegt, sind wir der Auffassung, dass die Erziehungsdirektion vor allem gegenüber den Schulleitungen verpflichtender auftreten sollte. Es kann nicht sein, dass an den Volksschulen das Erreichen von Lernzielen an mangelnder Infrastruktur scheitert.

Stabile Rahmenbedingungen

Die Bildung im Kanton Bern hat immer noch eine hohe Qualität. Dass dies auch in Zukunft so bleibt - und damit der Kanton Bern in Zukunft auch konkurrenzfähig bleibt - braucht es stabile finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen. Wir stimmen mit der Erziehungsdirektion vollständig überein, dass nach all den Sparpaketen im Bildungsbereich die rote Linie erreicht ist. Es wird auch die Pflicht des Parlaments sein, mitzuhelfen, dass die Mehrkosten, die der Lehrplan 21 mit sich bringen wird, sichergestellt werden und das Geld gesprochen wird. Dasselbe gilt für die Erhöhung der Stipendienbeiträge. Der Erziehungsdirektor kann sich diesbezüglich auf die Unterstützung der SP verlassen.

Die SP Kanton Bern ist der Meinung, dass neben den drei erwähnten Grundsätzen folgende strategischen Schwerpunkte aufgenommen werden müssen:

1. Ganztageschulen und Ferienbetreuung
Tagesstrukturen sind wohl eines der wichtigsten Instrumente um Chancengleichheit und Integration effektiv voranzutreiben. Aus diesem Grund braucht es dringend noch stärkere Anstrengungen in diesem Bereich.
2. ICT-Strategie
Eine ICT Strategie darf sich nicht nur mit dem Einsatz von Computern und digitalen Medien im Schulalltag bez. deren Integration in den Lehrplan beschäftigen. Sie muss viel breiter gefasst werden, sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Schul- aber auch das gesamte Beziehungsgefüge auseinandersetzen, um den Kindern und Jugendlichen einen mündigen Umgang mit den neuen Technologien zu ermöglichen.
3. Gleichstellung
Die Schule hat verschiedene Möglichkeiten, die Gleichstellung von Mädchen und Jungen aktiv zu fördern. Diese Möglichkeiten soll sie auf allen Stufen wahrnehmen. Hierzu ist insbesondere eine gute Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen zu den Themen Gleichstellung und Stereotype im Unterricht notwendig.
4. Nachholbildung von Menschen im Alter zwischen 15 - 45 Jahren
Die Nachholbildung von Menschen, die im Alter von 15 - 45 Jahren in die Schweiz kommen, ist in unseren Augen noch keineswegs gelöst. Der Druck, hier nach Lösungen zu finden, ist aber sehr gross. Es muss aufgezeigt werden, welchen Beitrag die Erziehungsdirektion bei der beruflichen Integration der anerkannten und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge leistet.
5. Teilstrategien je Bildungsstufe
Die in der Einleitung zu diesem Kapitel erwähnten Teilstrategien für jede einzelne Bildungsstufe müssen neben den oben erwähnten drei Punkten in unseren Augen Antworten auf folgende dringlichen Fragen geben:

Volksschule

- Den zu begrüssenden grossen Freiräumen von Gemeinden und Schulen steht eine in unseren Augen zu grosse Unverbindlichkeit gegenüber. Es müsste ein verbessertes Controlling entwickelt werden, das diese Freiräume nicht einschränkt. Aber die verantwortlichen Stellen müssen in Richtung Schulentwicklung stärkerer in die Pflicht genommen werden.

- Bezüglich der Einführung des LP21 muss die Beurteilungsfrage und in diesem Zusammenhang längerfristig die Frage der Selektion, allenfalls die Frage nach der Fächerwahl für die Selektion, gelöst werden.
- Die Neukonzeptionierung der Oberstufe Sek I in Zusammenhang mit dem LP21 muss dringend angegangen werden.

Mittelschule /Gymnasium / Berufsbildende Schulen

- Ist die Integration und die Durchlässigkeit auf dieser Schulstufe gewährleistet und wie kann sie erhöht werden?
- Gleichstellung: Es fehlen Aussagen, was der Kanton für den Abbau der heute sehr geschlechtsspezifischen Berufswahl unternehmen will. Dass Kinder im Unterricht zu stereotypen Präferenzen ermuntert werden, zeigt sich später stark in der Berufswahl.
- Das Thema Fachkräftemangel in den MINT-Berufen wird viel zu wenig prominent behandelt. Das Gleiche gilt für die markant zu kleine Zahl der Auszubildenden in den Gesundheitsberufen. Als Folge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative dürfte es zukünftig nicht mehr so einfach sein, das ausgebildete Personal in anderen Ländern anzuwerben. Zu prüfen ist, inwieweit der Kanton Institutionen zum Ausbilden verpflichten kann.

Hochschulen (Tertiär A) und Höhere Berufsbildung (Tertiär B)

- Das Berner Hochschulsystem im internationalen Kontext. Die Herausforderungen, die sich den Hochschulen im seit einem Jahr akuten angespannten Verhältnis zur Europäischen Union stellen, sind immens. Welche Lösungsansätze sieht die Erziehungsdirektion in diesem Bereich?
- Für die bernische Wirtschaft, die sehr stark durch KMUs geprägt ist, sind Abschlüsse mit eidgenössischem Fachausweis (Berufsprüfungen), Höhere Fachprüfungen (Meisterprüfungen) und Höhere Fachschulen sehr wichtig. Diese Bildungsstufe wird momentan durch markante Veränderungen bei der Finanzierung und Steuerung durch neue Bundesvorgaben geprägt. In der vorliegenden Fassung fehlt jede Aussage, wie sich der Kanton Bern im Bereich der tertiären B Ausbildungen positionieren will, wie und ob er vergleichbar lange Spiesse bei den Ausbildungskosten mit Tertiär A schaffen will und wie er im Gesundheitswesen, für welches die Höheren Fachschulen die wichtigste Ausbildungsform darstellt, agieren will.
- Es braucht mehr Professorinnen an den Hochschulen. Dazu sind auch verbesserte und vor allem längerfristige Anstellungsbedingungen nötig.
- Berufseinstiegsphase nach der PH Bern: Wie bleiben gut ausgebildete Lehrer im Lehrberuf und auch weiterhin erfolgreich und gesund?
-

Schlussbemerkungen

Grundsätzlich begrüsst die SP Kanton Bern die neue Bildungsstrategie des Regierungsrates. Dennoch gibt es noch Optimierungspotential. Wir erwarten insbesondere, dass die Strategie konkreter und verpflichtender wird. Leider fehlt der Strategie ein visionärer Rahmen, so wie sie bei der Strategie 2009 noch vorhanden war. Zudem verlangen wir, dass in der Bildungsstrategie 2016 verstärkt auf ungelöste Probleme wie beispielsweise die Integrationsbemühungen in den oberen Klassen der Volksschule oder die Schaffung von flächendeckenden Tagesstrukturen eingegangen wird. Abschliessend wünschen wir uns in der Strategie mehr wissenschaftliche Erkenntnisse und statistische Belege zur besseren Überprüfbarkeit der angegangenen Projekte.

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort wohlwollend zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär